



**Der
Freiheits-
kämpfer**

**Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit**

67. Jahrgang – Nr. 51 – Juni 2018

80 Jahre „Prominententransport“

Gedenken – Am Spiegelgrund

70 Jahre ÖVP Kameradschaft



Dollfuß Gedenken

Wie alljährlich versammeln
wir uns auch heuer am

**Samstag, den
21. Juli 2018, 10 h,
am Hietzinger
Friedhof,**

zum Gedenken an die
Er mordung von Bundes-
kanzler Dr. Engelbert Dollfuß
so wie der drei Offiziere
Biedermann, Huth und
Raschke.

Die K.Ö.L. Starhemberg
organisiert in der
Einsegnungskapelle eine
Hl. Messe um 9:30 Uhr,
wazu herzlich
eingeladen wird.

**Vorstellung
der
Ludwig
Steiner
Medaille
(Seite 15)**



**Für Österreichs Freiheit
70 Jahre Geschichte
unserer Organisation
(Seite 16)**



Dollfuß-Museum in Texing

Das Haus in Texing/Bezirk Melk, in dem Engelbert Dollfuß 1892 geboren wurde, ist einigen Wochen als Dollfuß-Museum der Öffentlichkeit zugänglich. Am 14. Juni 1998 im Beisein von Hunderten Besuchern die feierliche Eröffnung durch Landeshauptmann Erwin Pröll statt.

Zahlreiche prominente Gäste waren erschienen, unter anderem Außenminister a.D. Alois Mock, Landwirtschaftskammerpräsident Schwarzböck, Abg.z.NR Karl Donabauer, der niederösterreichische Bauernbunddirektor Penz und der Wiener ÖVP-Klubobmann Prochaska.

In seiner Eröffnungsrede sagte der Landeshauptmann, Dollfuß sei zwar kein Demokrat im heutigen Sinn gewesen, aber sicher kein faschistischer Diktator, sondern ein



Landeshauptmann Pröll bei der feierlichen Eröffnung des Museums



Mit dieser neuen Glosse wollen wir zukünftig in regelmäßigen Abständen über Inhalte früherer Ausgaben des „Freiheitskämpfers“ berichten. Den Anfang machen wir mit einem Rückblick auf die Ausgabe vom Oktober 1998, die einen Bericht über die Eröffnung des vom damaligen Direktor des Niederösterreichischen Bauernbundes, Johann Penz, initiierte Dollfuß-Museum im Geburtsort des Märtyrerkanzlers enthielt.

Im Freiheitskämpfer stand 1998 unter anderem zu lesen:

„Am 14. Juni fand im Beisein von Hunderten Besuchern die feierliche Eröffnung durch Landeshauptmann Erwin Pröll statt (...) Zahlreiche prominente Gäste waren erschienen, unter anderem Außenminister a.D. Alois Mock, Landwirtschaftskammerpräsident Schwarzböck, Abg. z. NR Karl Donabauer, der niederösterreichische Bauernbunddirek-

tor Penz und der Wiener ÖVP-Klubobmann Prochaska. In seiner Eröffnungsrede sagte der Landeshauptmann, Dollfuß sei zwar kein Demokrat im heutigen Sinn gewesen, aber sicher kein faschistischer Diktator, sondern ein großer und mutiger Patriot im verzweiferten Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus. (...) Die Räume des Geburtshauses sind Engelbert Dollfuß als Couleurstudenten, als Soldaten, als Agrarpolitiker, als Bundeskanzler und als Privatmann gewidmet (...)“

Das Museum besteht also seit 20 Jahren und zu sehen bekommt man u.a. historische Fotos, Urkunden und Kleidungsstücke. Ansprechperson ist Konrad Hackner (Tel.: 0664/9732662).

Die Öffnungszeiten sind von 1. Mai bis 26. Oktober an Sonn- und Feiertagen von 14 bis 17 Uhr bzw. zu anderen Terminen gegen Voranmeldung bei der Gemeinde Texingtal unter Tel.: 02755/7228.

Gedenkzuwendung

In der letzten Sitzung der Opferfürsorgekommission haben die Vertreter der drei Opferverbände angeregt, analog zum Jahr 2015 anlässlich des Gedenkjahres 2018 eine symbolische Zuwendung zu beschließen. Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz hat diesem Wunsch entsprochen und allen Beziehern einer Unterhaltsrente eine symbolische Zuwendung von € 1000,- bereits ausbezahlt. Wir danken den Entscheidungsträgern im Sozialministerium für diese Auszahlung. In der Zeitschrift „inside“ hat Ministerialrat Dr. Kurt Wegscheidler vom BMASGK einen hochinteressanten Artikel zum Gedenkjahr geschrieben, in dem er in objektiver Weise die Entwick-

lung klarlegt und die Folgen für Österreich, für die Opfer – und für die Täter hervorhebt. Eine Reihe von Dokumentationen über dieses einschneidende Ereignis, mit dem die dunkelste Zeit unserer Geschichte begann, war in den vergangenen Tagen im ORF zu sehen. Der Artikel enthält dazu nicht nur eine konzentrierte Zusammenfassung, sondern auch Einiges, das nicht in dieser Form vorkam und wird ab S. 11 besprochen. Es ist – neben so vielen – auch die Geschichte von Edwin Liwa, Rudolf Towarek, Karl Serschen, Wilhelm Zehner, Egon Friedell – und Bundespräsident Miklas, der trotz Drohung mit dem Standgericht bis zuletzt hinhaltend Widerstand leistete und seine Zustimmung zur „Wiedervereinigung“ verwei-

gerte. Gezeigt werden neben den unglaublichen Drohungen, dem tödlichen Druck und dem Zusammenspiel Berlins mit den „österreichischen“ Nationalsozialisten auch die Schwierigkeiten der Besatzer beim Einmarsch sowie die militärischen und politischen Kräfteverhältnisse. 70.000 Österreicher wurden nach dem Einmarsch inhaftiert. In seinem Gefolge fanden die ersten Misshandlungen, Morde und „Selbstmorde“ statt. Eine der ersten Maßnahmen war der Raub des österreichischen Goldes. Die Gesamtbilanz der sieben Jahre „Nationalsozialismus“: 100.000 Österreicher starben als politische Opfer, 270.000 als Kriegsopfer, 130.000 wurden aus rassistischen oder politischen Gründen vertrieben, 100.000 inhaftiert.

510.000 Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene und über 10.000 politische Opfer waren nach 1945 zu versorgen, 500.000 waren nach 1945 noch in Kriegsgefangenschaft, somit zusammen über 1,6 Millionen schwer betroffene Menschen von damals etwa sechs Millionen Österreichern oder jeder Vierte. Die, die anfangs jubelten, jubelten bald nicht mehr. Etwa 370.000 Österreicher verloren ihr Leben durch den Nationalsozialismus. Es bedurfte weiterer vieltausendfacher Todesopfer und ungeheurer Anstrengungen, damit Österreich als unabhängige und demokratische Republik wiedererstehen konnte und wir heute in Sicherheit leben und unsere demokratischen Rechte wahrnehmen können.

Dr. Gerhard Kastelic ■

KOMMENTAR

Gedenken JA – aber nicht so

Im Gedenkjahr 2018 gab es zuletzt eine Unmenge von Veranstaltungen verschiedenster staatlicher, halböffentlicher und privater Stellen. Leider waren viele so angesetzt, dass sie sich überschneiden haben, bzw. manchmal erst ganz wenige Tage vorher bekannt gemacht worden waren. Eine bessere Koordination wäre sehr nützlich gewesen. Anscheinend sind einige Personen und Organisationen erst durch das intensive Programm des Mauthausenkomitees auf die Idee gekommen, auch eine eigene Veranstaltung abzuhalten.

Wie auch durch die Medien berichtet wurde, haben einige Organisationen erklärt, bei Teilnahme von Politikern der FPÖ nicht mitzuwirken bzw. auch nicht zu erscheinen. Es steht mir fern eine Lanze für die FPÖ zu brechen, aber wenn eine demokratische Bundeswahl Konstellationen mit einer FPÖ-Beteiligung ermöglicht, dann sollte man dies in einer De-

mokratie akzeptieren. Es geht nicht an, dass demokratische Entscheidungen nur dann Gültigkeit haben dürfen, wenn sie den eigenen Intentionen entsprechen. Dadurch sind meiner Meinung nach auch zusätzliche Veranstaltungen notwendig geworden. Wie Dr. Gerhard Hartmann in der Academia Nr. 3/2018 schreibt, waren in der Koalitionsregierung SPÖ/FPÖ von 1983 bis 1986 bei den freiheitlichen Mitgliedern fünf Angehörige von schlagenden Verbindungen, ein ehemaliger Schüler der nationalsozialistischen Erziehungsanstalt (NAPOLA) und ein Sohn eines NS-Gebietskommissars im Osten, der sich den Ruf eines „Schlächters“ eingehandelt hatte. Damals hat es keinen gesteuerten linken Aufschrei gegeben, auch von religiösen Gruppierungen war nichts zu hören. Aber es war ja die SPÖ als linke Partei in der Koalition dabei. Von der Absprache Bruno Kreiskys mit dem SS-Mann Friedrich Peter im Jahr 1970 zur stillen

Koalition will ich gar nicht reden.

Die meiner Meinung nach beste Rede hielt der Künstler Prof. Arik Brauer am 8. Mai 2018 beim Festakt der Bundesregierung zum Ende des 2. Weltkrieges. Er sprach ohne schriftliches Konzept mit klar formulierten Sätzen, griff niemanden an und fand einen versöhnlichen Ton. Im Gegenzug dazu gab es Wortspenden, die vor Hass triefen und sich in Polemiken gegen die jetzige Regierung ergingen. Wie sollen jene, die massiv angegriffen wurden, Verständnis für die aufheulenden „Gutmenschen“ aufbringen.

Bei einer Rede musste ich an die Schulzeit zurückgreifen: Thema verfehlt – Nicht genügend!

In keiner der von mir gehörten Ansprachen wurden im Gedenken alle Opfer des NS-Terrorregimes erwähnt, es wurde ausschließlich von Holocaust und Shoah gesprochen. Nicht erwähnt wurden die anderen Opfer der rassistischen Verfolgung, die aktiven Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime, Menschen, die aus religiösen Gründen gegen das damalige System waren sowie Einzelpersonen, die ebenfalls das herrschende Regime ablehnten. Ich biete gerne den anscheinend meist sehr jugendlichen Redeschreibern ein Privatissimum über die österreichische Geschichte zur dieser Zeit an. Vielleicht ist es dann möglich, den Unterschied zwischen dem Staat Österreich, der im Jahr 1938 als Opfer einer mi-



Dr. Gerhard Kastelic

litärischen Aggression zu sehen ist und den Österreichern, von denen dann als deutsche Staatsbürger leider viel zu viele als Täter agierten. Dieser Unterschied ist klar heraus zu stellen.

Wenn nicht zehntausende Österreicher sich aktiv gegen das NS-Regime gestellt hätten, wäre nicht der Forderung der Moskauer Deklaration vom Oktober 1943 entsprochen worden und Österreich nicht als Opfer anerkannt und als eigener demokratischer Staat in der heutigen Form wieder geschaffen worden. Wir wären als Teil des Täterstaates Deutschland behandelt worden. Auch Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky hat in seiner Rede im Jahr 1991 bereits klar zwischen dem „Opferstaat Österreich“ und den leider viel zu vielen Tätern gesprochen. Leider negieren manche so genannte Historiker und selbst ernannte Fachleute dieses Faktum.

Ohne von Manipulation zu sprechen ist bemerkenswert, dass im ORF und in zumindest einer Tageszeitung in den Berichten über die große Mauthausen-Veranstaltung Worte des Präsidenten der israelitischen Kultusgemeinde Oskar Deutsch fast gleichlautend zitiert wurden. Nur hat der Präsident bei dieser großen Veranstaltung gar nicht gesprochen.

GK ■

Vorsprachen

Am 23. April 2018 sprach eine Delegation der Arbeitsgemeinschaft zuerst bei Frau Staatssekretärin im Bundesministerium für Inneres, Mag. Caroline Edtstadler, und dann bei Frau Bundesminister Mag. Beate Hartinger-Klein (BM für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz) vor. Bei den freundlichen Aufnahmen der Delegation wurden bei der Frau Staatssekretärin aktuelle Themen besonders bei den anstehenden Gedenkveranstaltungen erörtert und bei der Frau Bundesminister der Dank der ARGE für die Auszahlung der € 1000,- Gedenkzuwendung und die gute Zusammenarbeit mit den Beamten im Ministerium betont. Ebenfalls wurde bei der Frau Bundesministerin die Problematik bei der Abrechnung vorgetragen.

GK

Gedenken von ARGE/DÖW/Wiener Schulen

Am 13. März 2018 fanden mehrere gemeinsame Veranstaltungen statt.

Fotos: Sozialdemokratische Freiheitskämpfer



**Dr. Gerhard Kastelic, Generalleutnant
Mag. Franz Reißner, BV Georg Papai**



**Generalleutnant Mag. Franz Reißner; Präsident
Mag. Friedrich Forsthuber, Dr. Gerhard Kastelic,
Dr. Ursula Schwarz**

■ Zuerst „Am Spitz 1“ in 1210 Wien, organisiert von den Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen mit Begrüßung durch Gemeinderat a.D. Hans Schiel, mit einer Ansprache des DÖW-Bibliothekars Mag. Stephan Roth und Mitwirkung von Schülern des GRG 21 unter der Führung von Prof. Mag. Alfred Gutmann.



**Generalleutnant Mag. Franz Reißner,
Dagmar Schindler, Dr. Gerhard Baumgartner,
Dr. Gerhard Kastelic**

■ Daran schloss sich das Gedenken im ehemaligen Hinrichtungsraum im Straßandesgericht Wien an. Nach der Begrüßung durch Dr. Gerhard Kastelic von der ÖVP Kameradschaft und einer Ansprache der DÖW-Archivarin Dr. Ursula Schwarz trugen Schüler des RG 1, Schottenbastei unter der Leitung von Prof. Mag. Gerold Kröter ihre Gedanken vor.

■ Schließlich wurde in der Gedenkstätte für die Opfer der Gestapo im Leopold-Figl-Hof nach einer Begrüßung durch Ernst Wolrab vom Wiener KZ-Verband und einer Ansprache vom wissenschaftliche Leiter des DÖW, Dr. Gerhard Baumgartner, von Schüler des GRG 3 Radetzkystraße unter der Leitung von Prof. Mag. Elisabeth Trummer eine besinnliche Veranstaltung abgehalten.

Dauerausstellung Sr. Restituta

Seit der Eröffnung der permanenten Ausstellung „Restituta – Glaube gegen NS-Gewalt“ am 23. Oktober 2016 in der Hartmannsgasse 7, A-1050 Wien, kann diese jeden ersten Mittwoch im Monat (ausgenommen Feiertage und Schulferien) von 14.00 bis 17.00 Uhr besichtigt werden. Führungen können unter 01/54605-4310 oder sekretariat@franziskanerinnen.org angemeldet werden (am Mittwoch bei freier Besichtigung können keine Führungen durchgeführt werden). Der Eintritt ist frei.

Die Ausstellung ist besonders besucherfreundlich und klar gegliedert und stellt so gesehen eine wesentliche Bereicherung des Wissens und eine Wohltat für jeden Besucher dar. Auch gibt es eine neue Webseite über Sr. Restituta (www.restituta.at). Sie ist das Ergebnis jahrelanger exakter Forschung und Archivarbeit. Es ist wert, sich näher über diese österreichische Märtyrerin zu informieren. GK

Die gesamte Bandbreite der Ermordeten

Am Karfreitag 2018 hielt die Arbeitsgemeinschaft eine interessante Veranstaltung ab. An diesem Tag jährte sich zum 75. Mal die Hinrichtung von **Schwester Restituta** und sechs kommunistischer Brigittenauer Straßenbahner. Dies ist deshalb interessant, da der 30. März 1943 ein Tag mit 19 Hinrichtungen war und die Opfer die gesamte Bandbreite der aus politischen Gründen ermordeten Gegner des NS Terrorregimes abdeckten. Gerhard Kastelic zog wegen des Karfreitags eine Parallele zur Hinrichtung von Christus in Jerusalem mit den Opfern des 30. März 1943. In beiden Ländern herrschte nach einer Okkupation ein Terrorregime, und die Ermordeten wurden unschuldig hingerichtet. Er zeigte die

Symbolik dieses Tages auf und ging auch kurz auf das Verstehen und Zusammenleben der verschiedensten Weltanschauungen in der Todeszelle ein. Nach einer Kranzniederlegung bei der Restitutagedenktafel in der Denigasse in 1200 Wien zogen die Teilnehmer vorbei am Grossmann-Hof und am Plocek-Hof zum Eingang des Straßenbahnhofes Brigittenau in der Wexstraße 13. Dort wurde sowohl der sechs hingerichteten Straßenbahner (**Josef Friedl, Josef Krcmarik, Ludwig Kupsky, Johann Plocek, Leopold Slaby und Friedrich Stix**) als auch der zwei am gleichen Tag ermordeten kommunistischen Widerstandskämpfer (**Marie Fischer und Alois Houdek**) gedacht.

GK

80 Jahre „Prominententransport“ nach Dachau

Am 4. April 2018 wurde in einer Feierstunde bei der Gedenktafel an diesen Transport (1. April 1938) am Wiener Westbahnhof eine von der ARGE organisierte und gut besuchte Veranstaltung abgehalten.

Gerhard Kastelic konnte als Sprecher der ARGE den nunmehrigen Bürgermeister von Wien, Stadtrat Dr. Michael Ludwig, den Präsidenten des Wiener Stadtschulrates Mag. Heinrich Himmer, den Bezirksvorsteher des 1. Bezirks MMag. Markus Figl, den Vorsitzenden der VIDA Gewerkschaft Wien Helmut Gruber, Schülerinnen und Schüler der Berufsschule Einzelhandel und der Berufsschule für Lebensmittel, Touristik und Zahntechnik unter der Leitung von Frau Thea Schwantner, Tochter des verstorbenen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, begrüßen. Musikalisch wurde die Veranstaltung von der ÖBB Kapelle West unter der Leitung von Roman Kerschner begleitet.

Kastelic betonte in seiner Begrüßung, dass unter den 150 Opfern aus Politik, Religionsgemeinschaften, Kunst und Kultur viele Persönlichkeiten waren, die in der 2. Republik nach 1945 große Verantwortung für Österreich getragen haben. Darunter waren die beiden Bundeskanzler Leopold Figl und Alfons Gorbach, die Minister Fritz Bock, Josef Gerö, Franz Olah, Sozialdemokraten wie Robert Danneberg und Hanns Eisler, Kommunisten wie Viktor Matejka, Ludwig Sowinski und Erwin Fein. Von



Dr. Michael Ludwig, Erich Finsches (einziger anwesender Dachau-Überlebender)

der Israelitischen Kultusgemeinde deren Präsident Desida Friedmann. Dazu kamen Vertreter der hohen Beamtschaft aus Polizei, Justiz, Kunst und Kultur.

Viele dieser Männer standen sich bis 1938 in verschiedenen Lagern feindlich gegen-

über, haben während der langen Haftzeit im Konzentrationslager Dachau mit dem Geist der Lagerstraße (copyright Rudi Gelbard) die geistigen Vorbereitungen für die Zeit nach 1945 geschaffen und waren mit diesem Gedankengut die Grundlage für das Entstehen des heu-

Dr. Gerhard Kastelic, BV MMag. Markus Figl, Helmut Gruber, Dr. Michael Ludwig, Dr. Wilfried Garscha, Mag. Heinrich Himmer, Albert Dlabaja

tigen freien, demokratischen Österreich. Daher ist es sehr wichtig, dass gerade die Jugend und die nächsten Generationen von den Ereignissen vor 80 Jahren erfahren.

An diese Begrüßung schlossen sich sehr interessante Reden von Michael Ludwig, Heinrich Himmer und Helmut Gruber an.

An Interessenten wurde der von der ARGE initiierte und finanzierte Nachdruck der Broschüre „Stacheldraht mit Tod geladen...“ verteilt und darauf hingewiesen, dass die Namen der 150 Opfer in einer Kette um die Gedenkveranstaltung sichtbar dargestellt sind.

MKV und ÖCV-Gedenken am Ehrengrab Leopold Figls

Die beiden großen katholischen couleurstudentischen Verbände, der Österreichische Cartellverband (ÖCV) und der Mittelschüler-Kartellverband (MKV), gedachten am 5. April am Zentralfriedhof anlässlich des 80. Jahrestages des ersten Transportes in das Konzentrationslager Dachau der Opfer des Nationalsozialismus.

Im Rahmen einer Kranzniederlegung am Ehrengrab von Leopold Figl wurde jener 150 Persönlichkeiten gedacht, die im April 1938 vom Wiener Westbahnhof per Bahn nach Dachau verfrachtet wurden. Neben Figl saßen zahlreiche weitere prominente Politiker, darunter Alfons Gorbach oder Franz Olah, im Zug, der von den Nazis verhöhrend als „Prominententransport“ titulierte in die Geschichte einging: „Viele Verbindungsheime wurden noch in der Nacht zum 12. März 1938 gestürmt, das Inventar von den Nazihorden vernichtet und unsere Verbände und seine Verbindungen verboten“, erinnerte der Vorsitzende des MKV, Walter Gröbinger. Beide Verbände haben sich bereits frühzeitig gegen den Nationalsozialismus ausgesprochen: „Schon 1923 hat der CV in Wien klargestellt, dass man als Nazi kein CVer sein kann und umgekehrt“, betonte der Vorortspräsident des ÖCV, Michael Jayasekara. Auch der MKV hat bereits im Jahr seiner Gründung (1933) die Mitgliedschaft in der NSDAP untersagt. Wörtlich hieß es damals: „Es ist jedem Mitglied verboten der nationalsozialistischen Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung) als Mitglied anzugehören oder ihre Interessen in irgendeiner Weise zu fördern.“ Jayasekara und Gröbinger betonten unisono: „Viele unserer Mitglieder wurden von den Nazis ermordet, oder in Kon-

zentrationenlager und Gefängnisse gesperrt. Dort wurden sie gefoltert und misshandelt, weil

schütterlicher Glaube an eine freie und unabhängige Zukunft Österreichs manifestiert sich auch in seinem berühmten Zitat ‚Glaubt an dieses Österreich‘. Seine Verbundenheit zu Österreich gab den Österreicherinnen und Österreichern wieder Mut und Hoffnung. Seine Persönlichkeit ist unvergesslich in

Flossenbürg und anschließend wieder in Dachau. Nach einer zwischenzeitlichen Freilassung 1943 wurde er wegen seines neuerlichen Bemühens um die Schaffung politischer Strukturen mit österreichischer Prägung 1944 erneut inhaftiert und ins KZ Mauthausen gebracht. 1945 wurde der zu Tode Verurteilte



Kranzniederlegung am Ehrengrab von Leopold Figl im Zuge einer Gedenkveranstaltung von MKV und ÖCV anlässlich des 1. Dachau-transportes vor 80 Jahren.
v.l.n.r.: Michael Jayasekara, Vorortspräsident des ÖCV Bezirksvorsteher MMag. Markus Figl, Walter Gröblinger, Kartellvorsitzender des MKV, Geistl. R P. Vik. Mag. Antonius Philipsky, OSB

sie katholisch waren, weil sie überzeugte Österreicher waren. Andere verloren ihre Anstellungen, wurden ausgewiesen oder mussten andere Drangsal der Nazis erdulden. Dieser Gräueltaten wollen wir heute stellvertretend für Dutzende MKVer und ÖCVer und stellvertretend für Millionen Menschen, die unter der Naziherrschaft gelitten haben, am Grab von Leopold Figl gedenken.“

Figls Großnephew Markus Figl sagte: „Trotz aller Schrecken in den Konzentrationslagern hat Leopold Figl nicht aufgegeben und nie seinen Glauben an Österreich verloren. Sein uner-

unserem Gedächtnis und der Geschichte Österreichs festgeschrieben. Es ist unsere historische Verantwortung an den Horror des Nationalsozialismus zurückzuerinnern und diese Erinnerungen auch dafür zu verwenden, um zu warnen, dass so etwas nie wieder geschehen darf.“

Leopold Figl war zwischen 1. April 1938 und 6. April 1945 fast durchgehend in Konzentrationslagern inhaftiert, erst in Dachau, wo er als erster Österreicher zur Prügelstrafe verurteilt wurde und anschließend sechs Monate Dunkelhaft ertragen musste, dann 1940 in

ins Landesgericht für Strafsachen verlegt, wo er in der Todeszelle auf seine Hinrichtung warten musste. Allein das Kriegsende und die Befreiung durch die Alliierten retteten ihm das Leben.

„Die hohe Anzahl an katholisch-korporierten Gefangenen des ‚Dachauer-Prominententransportes‘ zeigt mit aller Deutlichkeit, dass auch Katholisch-korporierte und andere Vertreter des katholischen Lagers zu den ersten Opfern des Nationalsozialismus gehörten“, stellten Gröbinger und Jayasekara abschließend fest.

Red. ■

Kranzniederlegung vor dem Mahnmal Am Spiegelgrund

Am 6. Mai, dem Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen, fand auch Am Spiegelgrund eine Gedenkfeier statt, wo unter anderem Vertreter der ÖVP Wien jener Kinder gedachten, die Opfer der nationalsozialistischen Medizinverbrechen wurden. Wir bringen die Begrüßungsworte, die Dr. Helmut Wohnout gesprochen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Namen des Bundeskanzleramtes darf ich Sie zu dieser Kranzniederlegung mit Frau Bundesministerin **Dr. Juliane Bogner-Strauß** und Herrn Bundesminister **Mag. Gernot Blümel** begrüßen. Der Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen, soll in einer besonderen Weise Anlass zur Erinnerung an alle Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen in unserem Land sein. Diese Gedenkstätte auf dem gründerzeitlichen Gelände des Otto-Wagner-Spitals erinnert insbesondere an jene knapp 1.000 Kinder, die hier den grausamen Medizinverbrechen der Nazis zum Opfer fielen. Symbolisch wurde für jedes hier ausgelöschte junge Leben eine Gedenkstele errichtet.

Von 1940 bis 1945 bestand in einem Teil der Pavillons auf dem Gelände der Baumgartner Höhe, die von den Nazis euphemistisch sogenannte „Jugendfürsorgeanstalt“ Am Spiegelgrund. Entsprechend der menschenverachtenden rassenhygienischen Ideologie des Nationalsozialismus wurde sie zu einem Labor des Mordens, in dem junge Menschen einen grausamen Tod sterben mussten. Für viele derjenigen, die überlebten, wurde sie ein lebenslanger Ort traumatischen Leides und seelischer Qualen.

Die hier begangenen Verbrechen waren Teil des nationalsozialistischen Euthanasieprogramms. Es wurde unter dem Tarnnamen „Aktion T4“ geführt und im Oktober 1939 mit folgendem menschenverachtenden Befehl Adolf Hitlers aufgenommen – ich zitiere: *„Nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken [soll] bei kritischer Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden“*.

Die eigentliche Bedeutung des griechischen Wortes „euthanasia“ lautet „leichter Tod“. Doch tatsächlich stand dahinter



Foto: Andy Wenzel/BKA

tionalsozialistische Rassenlehre zwischen „höherwertigem“ und „minderwertigem“ Leben. Während „erbgesunder“ Nachwuchs gefördert wurde, sollte sogenanntes „lebensunwertes Leben“ ausgelöscht werden. Bis August 1941 kamen auf diese Weise 70.000 Menschen ums Leben. In Österreich wurde die Tötungsanstalt im oberösterreichischen Hartheim zum Syn-

schreckliche Fortsetzung in der Shoah. Nach Hartheim waren auch mehr als 3.000 Patienten der psychiatrischen Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof deportiert worden, in deren Pavillons 1940 die Anstalt Am Spiegelgrund eingerichtet wurde.

Nach Protesten, unter anderem auch von Kirchenvertretern, wurde im August 1941 die zentral gelenkte Ermordung psychisch Kranker und Behinderter zurückgefahren. Die systematische Ermordung von Kindern zum Zweck rassenhygienischer Forschungen wurde allerdings weitergeführt.

Die Einweisung erfolgte vorgeblich in sogenannte „Kinderfachabteilungen“, die sich aber als nichts anderes als Tötungsanstalten herausstellen sollten. Eltern bzw. Angehörigen gegenüber wurde bei der Aufnahme der Kinder eine medizinische Behandlung vorgegaukelt. Tatsächlich wurden die eingelieferten Kinder einer Selektion unterzogen, die über deren weiteres Schicksal entschied. Die Ermordung erfolgte durch die Verabreichung von Medikamenten, die zunächst Erkrankungen hervorrufen und in weiterer Folge einen natürlichen Tod vortäuschen sollten. Bis



Die Bundesminister Juliane Bogner-Strauß (m.) und Gernot Blümel (l.) im Gespräch mit Helmut Wohnout (r.)

die Wahnvorstellung, die vom NS-Regime als „erbkrank“ definierten Menschen zu ermorden, unterschied doch die na-

onym für dieses Verbrechen. Die dabei erstmals zur Anwendung gelangte industrielle Tötung von Menschen durch Gas fand ihre



► 1945 forderte die Kindereuthanasie im gesamten nationalsozialistischen Herrschaftsbereich etwa 5.000 Opfer. Der Spiegelgrund bildete einen zentralen Bestandteil dieses Verbrechens der Nationalsozialisten.

Psychische Erniedrigung, physische Demütigung und sadistische Folter bestimmten den Alltag der eingelieferten Kinder. Zumindest 789 – tatsächlich wohl mehr von ihnen – wurden ermordet. Die menschliche Entwürdigung war aber mit ihrem gewaltsamen Tod nicht zu Ende. Es folgte die Degradierung zum Forschungsobjekt und die Verwertung für eine zweifelhafte wissenschaftliche Forschung, die noch Jahrzehnte nach Kriegsende betrieben wurde. Einige der konservierten

Leichenteile und Organe der Ermordeten fanden erst 2002 ihre letzte Ruhestätte auf dem Wiener Zentralfriedhof.

Wir fragen uns heute, wie ein solches Verbrechen möglich war, wie es dazu kommen konnte. Der Historiker Kurt Bauer hat in seinem Buch über die NS-Herrschaft in Österreich versucht, darauf eine Antwort zu geben bzw. sich dem eigentlich Unfassbaren zumindest anzunähern – ich darf zitieren: „Zweifelloos spielte die zunehmende Brutalisierung durch den Krieg eine wichtige Rolle. Töten wurde nach und nach zur Routine, ohne dass man groß darüber nachgedacht hätte. Die Täter konnten ihre persönlichen Allmachtsphantasien ausleben, ohne Sanktio-

nen befürchten zu müssen. Die durch ideologische Indoktrination herbeigeführte Deindividualisierung und Entmenslichung des Anderen schaffte jene notwendige psychologische Distanz, die man als Grundvoraussetzung zum Mord, insbesondere zum Massenmord, bezeichnen muss.“

Das heutige Gedenken gilt aber den Opfern – Kindern und jungen Menschen, für die der Spiegelgrund zuerst die Hölle auf Erden und dann die Stätte ihrer grausamen Ermordung geworden ist.

Lassen Sie mich zum Schluss dieser einleitenden Ausführungen kommen. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes hat im vergangenen Jahr eine cou-

ragierte Predigt des St. Pölterner Diözesanbischofs Michael Memelauer vom Silvester 1941 entdeckt und publiziert. In einer Zeit, in der das Koordinatensystem der Mitmenschlichkeit vielfach außer Kraft gesetzt zu sein schien, hat der Bischof für uns heute – hoffentlich – Selbstverständliches auf den Punkt gebracht, indem er sagte, ich zitiere: „Auch der Unglückliche, dessen Sinne verwirrt sind, auch das Kind, das behindert auf die Welt kommt, auch der Kranke und Sieche und vom Alter Gebrochene hat ein Recht auf das Leben [...] und verdient die Umsorge und Liebe der Umwelt“.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. ■

Ein kräftiges Lebenszeichen

Viele Jahre haben in der Bezirksvertretung Wien-Leopoldstadt tätige Mitglieder der K.Ö.St.V. Donaumark im MKV darum gekämpft, dass nach ihrem Bundesbruder Artur Lanc (1907-1995) eine Verkehrsfläche benannt wird. Nunmehr hat Bezirksrat Paul Hefelle das Vorhaben erfolgreich zu Ende gebracht.

Die offizielle Benennungsfeier fand im April am nunmehrigen Lanc-Platz (1020, Taborstraße/Höhe Glockengasse) statt und geriet zu einem starken Zeichen der katholischen couleurstudentischen Verbände: Von den rund 200 Teilnehmern der Feier waren rund 150 katholische Couleurstudenten. Lanc schloss sich, wie im Freiheitskämpfer 50 berichtet, bereits als Schüler der Donaumark und während des Studiums dem Nordgau im ÖCV an. Später erhielt er das Band der Leopoldi-

na Gmünd. Gemeinsam mit seiner Frau Maria (1912-1995) versorgte er in der NS-Zeit in Gmünd/NÖ in ein Lager gepferchte ungarische Juden mit Medikamenten und rettete 1944 drei von Ihnen vor der Deportation ins Konzentrationslager.

1986 wurde das Ehepaar vom Yad Vashem als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt. An der Feier nahm auch Europa-Abgeordneter Lukas Mandl, selbst Couleurstudent, teil und die (Grüne!) Bezirksvorsteherin Ursula Lichtenegger fand

durchaus lobende Wort für das katholische Couleurstudententum. Neben ihr sprachen die Bürgermeisterin von Gmünd/NÖ, Helga Rosenmayer, Oberrabbiner Arie Folger und Paul Hefelle als Initiator der Platzbenennung. ■



Bezirkshauptmann Stefan Grusch, Eva M. Pariasek (Tochter), Bezirksvorsteherin Ursula Lichtenegger, Elga Lanc (Tochter), Bürgermeisterin Helga Rosenmayer, Oberrabbiner Arie Folger, Bezirksrat Paul Hefelle

Gedenkfahrt der Landesgruppe Tirol nach Kärnten

Ende März nahmen sieben Mitglieder der Landesgruppe rund um Landesobmann Clemens Hornich an einer Gedenkfahrt nach Osttirol und Kärnten teil.

Früh morgens fuhren wir von Innsbruck über Südtirol nach Lienz, wo unser langjähriges Mitglied Peppi Wurzer uns zum Mahnmal der Osttiroler Widerstandskämpfer bei der Stadtpfarrkirche, welches durch ihn vor Jahren errichtet wurde, begleitete. Wur-

zer erzählte uns Ergreifendes über dieses Mahnmal, anschließend besuchten wir die Kapelle, wo der große Künstler Albin Egger-Lienz begraben ist und konnten uns seine gemalten Fresken, die in der Kapelle angebracht sind, anschauen.

Unsere Fahrt ging weiter nach Greifenburg. Beim Denkmal erwartete uns der Landesobmann von Kärnten, Franz Quendler. Wir besuchten die Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus im oberen Drautal in Greifenburg in Erinnerung an die 39 Opfer aus der näheren Umgebung. Das Kunstwerk wurde vom Bildhauer Hans-Peter Profunser errichtet. Der Künstler und seine Frau wa-

ren bei unserer Besichtigung anwesend und erklärten uns in ihrem Vortrag alles Wissenswerte über diese Gedenkstätte. Nach der Besichtigung fuhren wir zur Künstlerstadt Gmünd bei Spital an der Drau, wo wir nach einem gemeinsamen Mittagessen eine Führung durch die Stadt erleben konnten und diese schöne Fahrt mit der Abreise nach Innsbruck wieder beendeten.

LO Clemens Hornich ■



Mahnmal für die Osttiroler Opfer des NS-Regimes.



Gedenkstätte im oberen Drautal

Zum Gedenken an Prof. Johannes Schwantner

Am 11. März 2018 verstarb unterwartet der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer Österreich im Alter von 70 Jahren.

Schwantner war bis zu seiner Pensionierung Berufsschuldirektor und hat sich von Jugend an mit der Bildung junger Österreicherinnen und Österreicher befasst. Seit 2013 war er Bundesvorsitzender der



Johannes Schwantner

Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer.

Seit vielen Jahren war er auch Vorsitzender des Vereins „Niemand vergessen“, organisierte jährlich das Herrmann Langbein Symposium für Pädagogen und fuhr seit 1991 jedes Jahr mit einer größeren Gruppe Jugendlicher zu den Gedenkstätten in Polen.

Ich habe Hannes Schwantner im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft kennengelernt und

in ihm einen politisch klar denkenden aber nicht verblendet handelnden Menschen erlebt. Durch die enge Zusammenarbeit in der ARGE sind wir trotz aller politischer Gegensätze zu Freunden geworden. Er hat mit großer Initiative immer wieder Aktivitäten angeregt, organisiert und durchgeführt. Wir verlieren durch seinen Tod einen Mitkämpfer in unserer Arbeit des Gedenken und Erinnerns.

GK ■

Anmerkungen zu unterschiedlichen Gedenkreden

Die unterschiedlichen Reden zu den heurigen Gedenkfeierlichkeiten haben teils nicht zu Unrecht für hitzige Diskussionen gesorgt. Greifen wir zwei dieser Reden heraus, lässt sich auch einiges über jene sagen, die diese Reden gehalten haben.

Der Schriftsteller Michael Köhlmeier hielt wohl die meist diskutierte Rede zu den Gedenktagen, auf Einladung des Nationalratspräsidenten, bei einer Gedenkfeier im Parlament. Köhlmeier hat es der FPÖ und damit gleich beiden Regierungsparteien ordentlich „hineingesagt“, wie Journalisten und sonstige Meinungsmacher in den Gazetten und Social-Media-Kanälen (selbst-)zufrieden festhielten. Natürlich, man muss die Rede des Schriftstellers nicht rundum ablehnen, es mag ein berechtigtes Anliegen sein, sich anlässlich einer Gedenkfeier auch an einer Partei abzuarbeiten, die immer wieder mit verharmlosenden Aussagen über den Nationalsozialismus in ihren eigenen Reihen konfrontiert ist. Eine Frage ist aber, ob es Sinn macht, die aktuellen, durchaus ernstzunehmenden Abgrenzungsversuche des FPÖ-Obmannes gegen antisemitische Tendenzen einfach zu negieren und eine weitere Frage ist, ob es legitim ist, den Antisemitismus gleichfalls als Wesensmerkmal der FPÖ – und nur der FPÖ – darzustellen.

Eine skurrile Vorstellung

Wenn man sich dazu entscheidet, bei einer Gedenkrede Rückbezüge auf die Geschichte nahezu gänzlich auszusparen und sich lediglich in moralischer Überlegenheit aktuellen Entwicklungen zuzuwenden, dann muss man wohl auch den neu importierten Antisemi-

tismus aus arabischen Ländern erwähnen. Köhlmeier tat dies freilich nicht, sondern verstieg sich stattdessen in seltsame Vergleiche. So setzte er die heutige Schließung illegaler Migrationsrouten de facto mit der Tätigkeit von Helfershelfern der Judenverfolgung im Dritten Reich gleich. Eine Verharmlosung des NS-Terrors die ihresgleichen sucht. Mit seinem Ausblenden jeglichen Antisemitismus jenseits der FPÖ befindet sich der Schriftsteller freilich in schlechter Gesellschaft. Auch die Medien und deren Macher negieren den Antisemitismus gerne, wenn er sich nicht im Umfeld autochthoner Österreicher zeigt. Es blieb Arik Brauer, Künstler und Jude, dessen Vater im KZ gestorben ist und der selbst die NS-Zeit in einem Versteck überlebt hat, überlassen, bei verschiedener Gelegenheit auf die unterschiedlichen Erscheinungsformen des Antisemitismus hinzuweisen. Bei mehreren Interviews stellte er sinngemäß fest, dass er als Jude mehr Angst vor zugewanderten Arabern als vor antisemitischen Burschenschaftlern habe. Die Aufregung war groß und so mancher politisch korrekte Eiferer im medialen Umfeld wollte das so nicht hinnehmen. Eine skurrile Vorstellung: Ein greiser Jude, der den Holocaust überlebt hat, muss sich von Spätgeborenen vorschreiben lassen, wovor er Angst zu haben hat. Brauer war es auch, der die Nicht-Einladung der FPÖ-Politiker nach

Fotograf: Andy Wenzel, Quelle: BKA



Am 8. Mai 2018 fand im Bundeskanzleramt ein Festakt zum Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus und an die Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Europa statt. Im Bild Festredner Arik Brauer.

Mauthausen als einziger offen und deutlich kritisiert hat: „Ich bin prinzipiell dafür, dass man miteinander spricht. Jetzt zu sagen: Wir sind edel und die sind unedel, bringt nichts. Ich habe den geistigen Sturm des Nazi-Faschismus erlebt. Wer nicht dabei war, kann sich gar nicht vorstellen, was eine Massenekstase ausmacht. Das kommt nicht wieder. Was die FPÖ betrifft: Es gibt sie. Sie hat einen Teil der Bevölkerung hinter sich, die keine Massen-Nazis sind. Deswegen werden wir mit ihr leben müssen. Ob uns das gefällt oder nicht, ist unerheblich. Dass die FPÖ-Minister nicht nach Mauthausen eingeladen sind, ist ein großer Fehler.“

Richtige Einschätzung

Brauers Rede anlässlich einer Gedenkfeier am 8. Mai im Bundeskanzleramt sorgte für weniger Aufregung als jene von Michael Köhlmeier. Dabei wagte es der Künstler, auch die ambivalenten Gefühle zu Ende des

Krieges sehr offen auszusprechen: „Für mich war es selbstverständlich eine Befreiung, für mich war es selbstverständlich ein Sieg. Nicht so für die Bevölkerung, die da in den Ruinen in der zerstörten Wiener Stadt sitzen. (...) Die Menschen hatten das Gefühl, wir haben den Krieg verloren, so, jetzt haben wir den Scherm auf.“ Das sei auch daran gelegen, dass die Gegenwart stärker als die Vergangenheit sei: „Die Gegenwart existiert, die Vergangenheit ist tot.“ Deshalb lasse sich diese auch leicht verdrängen: Etwa die jubelnden Massen auf dem Heldenplatz nach dem „Anschluss“ im März 1938 oder die Siegesmeldungen in der „Wochenschau“; sowie das Gefühl, einer überlegenen Rasse anzugehören.

Gewonnen habe an diesem 8. Mai 1945 aber jedenfalls die Demokratie über die Diktatur, verloren hätten die Täter und der Nationalsozialismus, so Brauer, der sich überzeugt zeigte, dass heute „die überwältigen-

de Mehrheit der Menschen in Österreich durchaus imstande ist, die Situation und die Wahrheit von der Zeit des Zweiten Weltkriegs richtig einzuschätzen“. Zur heutigen Situation in Europa sagte Brauer: „Glückliches Europa, in dem ein Land – wenn auch oft aus egoisti-

schen Interessen – dem anderen auf die Finger schaut, damit es nur ja seine Demokratie hegt und pflegt. Und glücklich die Bevölkerung, die eine Regierung hat, wo Menschen sind, hoffentlich, die imstande sind, mit Geduld und mit Freude die Kritik und Kontrolle der Öff-

fentlichkeit zu ertragen – je mehr davon, umso besser.“

Arik Brauer hat die Schrecken des Nazi-Regimes am eigenen Leib erfahren, aber er hat die Größe, über Gräben hinweg Versöhnliches auszusprechen, auch wenn er die FPÖ keinesfalls, wie da und dort missin-

terpretiert wird, aus der Verantwortung entlässt. Michael Kohlmeier hat eine Gedenkstunde für die Abrechnung für eine ihm nicht genehme Regierungskonstellation missbraucht. Der Vergleich macht sicher.

PH ■

Zum Gedenkjahr 2018

Die Unterwerfung Österreichs – Hitlers erster Schritt zum Krieg. Kurt Wegscheidler hat in der Zeitschrift „Inside“ des Sozialministeriums einen sehr fundierten Artikel zum Gedenkjahr 2018 geschrieben, der hier kurz zusammengefasst wird. Auf Anfrage ist der Beitrag in voller Länge bei der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten zu erhalten.

Der Autor stellt dar, wie Bundeskanzler Kurt Schuschnigg „nach jahrelanger subversiver Wühlarbeit der Nationalsozialisten, Druck von außen und gesteuertem Terror der fünften Kolonne im Inland, politischen Morden bis zum Mord des österreichischen Bundeskanzlers und einer erzwungenen Regierungsumbildung im Februar“ zum letzten Abwehrmittel einer Volksabstimmung greifen wollte und dieses Vorhaben durch die Nationalsozialisten vereitelt wurde: „Mit wütenden Telefonrohungen mit dem militärischen Einmarsch, einer Mobilisierung von Wehrmachtstruppen am 10. März und NS-Strasßendemonstrationen werden am 11. März die Absetzung der Volksbefragung, der Rücktritt Schuschniggs und die Einsetzung eines NS-Bundeskanzlers erzwungen.“ Danach sei der Einmarsch erfolgt und nachträglich durch ein „Wiedervereinigungsgesetz“ „legalisiert“ worden. Wegscheidler weist darauf hin, dass Hitler bereits in „Mein Kampf“ die „Wiedervereinigung“ Österreichs mit Deutschland für ihn „eine mit

allen Mitteln durchzuführende Lebensaufgabe“ erklärt habe und dieses Ziel nach der Machtergreifung 1933 zunächst durch wirtschaftlichen Druckaufbau (1.000-Mark-Sperre) und danach durch eine beispiellose Welle des Terrors erreichen wollte: „Gemeinsam mit dem Karl von Vogelsang-Institut hat das DÖW knapp 800 Personen namentlich ermittelt, die 1933 bis 1938 im Zuge nationalsozialistischer Anschläge verwundet oder getötet wurden.“

Das Berchtesgadener Abkommen

Der Autor schildert den Weg vom Juli-Putsch bis hin zum Berchtesgadener Abkommen, das nach Auffinden eines neuen Putschplans der NSDAP in Österreich und eingefädelt durch den deutschen Botschafter in Wien auf Hitlers Berghof stattgefunden hat: „(...) Schuschnigg beugte sich den Drohungen und glaubte, (...) die Selbständigkeit Österreichs sichern zu können. Wie von Hitler gefordert, wurde Seyß-Inquart (...) zum Innenminister ernannt (...) Dadurch erhielten

die österreichischen Nationalsozialisten in steigendem Ausmaß mehr und mehr Handlungsfreiheit.“ Das Abkommen hat die Annäherung zur Arbeiterschaft bewirkt: „Schuschnigg erkannte, dass seine neuen NS-„Regierungspartner“ (...) dabei waren, die Macht zu übernehmen. Zögernd war er in dieser Not auf die Fühlungnahme der (...) Arbeiterbewegung eingegangen und hatte ihr Unterstützungsangebot vernommen (...)“

Nachdem Schuschnigg eine Volksbefragung angekündigt hatte, befahl Hitler die Mobilisierung für den Einmarsch und erreichte schließlich die Ernennung Seyß-Inquarts zum Bundeskanzler. Wegscheidler schildert die dramatische Ereignisfolge mit Schuschniggs berühmter Radiorede („Wir weichen der Gewalt“) und die damit verbundene Rückbeorderung der Bundesheer-Sperrkommandos von der Grenze: „(...) Nur das am Fernpass unter Hauptmann Edwin Liwa erhielt keine Verständigung und blieb bis zum 13. März in seiner Stellung, bereit die Heimat dem erhaltenen Befehl gemäß zu verteidigen. 126 Berufssoldaten und Beamte sollten in der Folge den neuen Eid nicht ablegen. (...) Aus rassistischen und politischen Gründen wurden bis Ende 1938 mindestens 238 Heeresangehörige und 440 Offiziere entlassen (...)“

Der Autor beschreibt die Okkupation vom 12. März 1938 und merkt in diesem Zusammenhang an: „(...) Gegenwehr gab es aufgrund Schuschniggs Rede nicht, obwohl er von reichsdeutscher Seite erwartet wurde: (...) Obwohl auch auf deutscher Seite Befürchtungen bestanden (...) siegte hier die Initiative, während auf österreichischer Seite schließlich die Kenntnis der eigenen Schwächen (...) zur Aufgabe führte, bevor es zu Kämpfen kommen konnte.“ Die Reaktionen des Auslands dürfen als bekannt vorausgesetzt werden: Es gab diplomatische Protestnoten, die von der Sowjetunion geforderten kollektiven Maßnahmen gegen Deutschland kamen nicht zustande, einzig Mexiko legte beim Völkerbund Protest ein.

Opferstatus

Nach einer Schilderung der Schrecken nach der Machtübernahme beschäftigt sich Wegscheidler mit der seit den 1980er Jahren verstärkt geführten Diskussion um den Opferstatus und führt aus, dass der Einmarsch eben eine Vorgeschichte jahrelangen Terrors hat – der auch fünf Jahre lang wirkungsvoll bekämpft worden sei. Er verweist zudem auf Bundeskanzler Vranitzkys Ausführungen im Nationalrat 1991: „(...) Viele haben Widerstand geleistet und dabei ihr Leben für

► Österreich gegeben. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, daß es nicht wenige Österreicher gab, die im Namen dieses Regimes großes Leid über andere gebracht haben, die Teil hatten an den Verfolgungen und Verbrechen dieses Reichs (...) Es ist unbestritten, daß Österreich im März 1938 Opfer einer militärischen Aggression mit furchtbaren Konsequenzen geworden war (...)“ Wegscheider weist darauf hin, dass es schon in der 11 Tage vor der Gesamtkapitulation von SPÖ (Dr. Karl Renner, Dr. Adolf Schärf), ÖVP (Leopold Kunschak) und KPÖ (Johann Koplenig) beschlossenen österreichischen Unabhängigkeitserklärung zur Errichtung der Zweiten Republik geheißen habe: „*Angesichts der Tatsache, dass der Anschluss des Jahres 1938 nicht, wie dies zwischen zwei souveränen Staaten selbstverständlich ist, zur Wahrung aller Interessen durch Verhandlungen von Staat zu Staat vereinbart und durch Staatsverträge abgeschlossen, sondern durch militärische Bedrohung von außen*

und den hochverräterischen Terror einer nazifaschistischen Minderheit eingeleitet, einer wehrlosen Staatsleitung abgeleitet und abgepreßt, endlich durch militärische kriegsmäßige Besetzung des Landes dem hilflos gewordenen Volke Österreichs aufgezwungen worden ist (...) erlassen die unterzeichneten Vertreter aller antifaschistischen Parteien Österreichs ausnahmslos die nachstehende Unabhängigkeitserklärung. (...)“

Verantwortung

Also sei bereits in diesem Gründungsdokument der 2. Republik noch vor dem Kriegsende neben den Gewaltmaßnahmen von außen gegen Österreich auch der „hochverräterische Terror einer nazifaschistischen Minderheit“ festgeschrieben und beinahe umgehend darauf auch in Wahrnehmung einer Verantwortung für die Betroffenen die ersten Maßnahmen für Verfolgte gesetzt worden: „Im Juli 1945 wurde die erste Fassung des Opferfürsorgegesetzes als ei-

nes der ersten Gesetze der 2. Republik erlassen, das mit jährlichen Novellen bis heute weiter ausgebaut wurde. Es war das erste einer ganzen Reihe von Entschädigungsgesetzen, die ab 1945 erlassen wurden.“

Die offizielle österreichische Sicht auf die gewaltsame Unterwerfung unseres Landes im März 1938 habe daher von Beginn an auch eine Bezugnahme auf die inländischen NS-Täter enthalten und unabhängig von dem durch die Alliierten festgestellten Opferstatus habe die 2. Republik unmittelbar nach der Befreiung sofort mit Maßnahmen für die Opfer (und gegen diese Täter) begonnen: „Ein Jahr nach seiner Rede im Nationalrat wiederholte Bundeskanzler Vranitzky 1992 inhaltsgleich seine Ausführungen in seiner Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nummer 2666/J, wies darauf hin, dass die Ereignisse des März 1938 nach herrschender Lehre als Okkupation angesehen werden und führte auf 32 Seiten in sehr summarischer

und gedrängter Form die Maßnahmen der Republik seit 1945 für die Anerkennung und Entschädigung der Opfer (und auch der Verfolgung der Täter bis hin zur Vollstreckung der oben angeführten Todesurteile) mit folgenden einleitenden Worten aus: „Die Zweite Republik wurde als bewußte Antithese zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft von Politikern begründet, die zum größten Teil selbst Opfer dieses Systems gewesen waren. Von 1945 bis zur Gegenwart wurden immer wieder Maßnahmen zur Wiedergutmachung und Restitution gesetzt. Angesichts der Bilanz an Opfern, an materiellem Verlust und menschlichem Leid wird jede Wiedergutmachung mit finanziellen Mitteln oder sozialen Maßnahmen ungenügend bleiben. Dennoch ist es ungerechtfertigt und oberflächlich, die von den österreichischen Bundesregierungen gesetzten Maßnahmen, wie in der gegenständlichen Anfrage impliziert, als Almosenverteilung abzutun (...)“

Red. ■

Heilige Messe und Philipphofgedenken

Am 12. März fand im Gedenken an die Opfer des Krieges und des NS-Regimes unsere traditionelle Heilige Messe in der Michaelerkirche mit anschließendem Gedenken beim „Dachauer-Kreuz“ in der Kapelle der Kirche statt. Wie schon in den letzten Jahren hatte die Kameradschaft gemeinsam mit der ÖVP Innere Stadt eingeladen, mit der danach auch das Philipphofgedenken auf dem Albertinaplatz begangen wurde. 1945 kam es an diesem Tag hier zum schwersten Luftangriff auf Wien. Hunderte Menschen flüchteten in den vermeintlich sicheren Luftschutzkeller unter dem Philipphof und wurden verschüttet. ÖAAB-Landesobmann Generalsekretär Karl Nehammer und Bezirksvorsteher Markus Figl legten einen Kranz nieder, der Geschäftsführer des Karl von Vogelsang Instituts Helmut Wohnout sprach die Gedenkworte. ■



Markus Figl und Karl Nehammer bei der Kranzniederlegung

Am 6. Mai 2018 fand beim Mahnmal gegen Krieg und Faschismus am Helmut-Zilk-Platz bei der Albertina ein Gedenkakt für die Opfer des Nationalsozialismus statt.

Im Bild Bundeskanzler Sebastian Kurz (3.v.l.) mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen (l.) und Vizekanzler Heinz-Christian Strache (2.v.l.) mit dem Dachau-Überlebenden Erich Finsches (2.v.r.).



Fotograf: Andy Wenzel. Quelle: BKA

Ein – parteipolitisch gefärbter – Überblick

Der Politikwissenschaftler Emmerich Tálos gilt in linken Kreisen als Doyen der Geschichtsschreibung der Jahre 1933 bis 1938 und hat das Seine dazu beigetragen, dass sich der wissenschaftlich nicht korrekte Begriff „*Austrofaschismus*“ in der zeitgeschichtlichen Diskussion verfestigt hat. Das konnte man auch im Rahmen der Vorstellung gegenständlichen Buches in der AK Wien feststellen, als der Autor mit Lucile Dreidemy (Universität Toulouse II – Jean Jaurès) und Florian Wenninger, (Assistent am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien sowie Mitautor des Buches) diskutierte.

Dreidemy stellt in diesem Rahmen befriedigt fest, dass am Institut für Zeitgeschichte die Linke die Hegemonie über die Geschichtsschreibung zum autoritären Ständestaat errungen hat (den sie natürlich konsequent „*Austrofaschismus*“ nennt) und sprach Wissen-



schaftern wie Anton Pelinka de facto die Ernsthaftigkeit in Bezug auf die Beschäftigung mit dieser Zeit ab – weil sie Kollegen wie Gottfried Karl Kindermann oder Gudula Walterskirchen zitieren und nicht ausschließlich Tálos, den ebenfalls mitdiskutierenden Wenninger oder andere eindeutig der Linken zuzuordnende Wissenschaftler und Autoren. Welch verquere Sicht der fachlich zweifellos versierte Tálos auf

Das austrofaschistische Österreich 1933-1938, von Emmerich Tálos unter Mitarbeit von Florian Wenninger. Reihe Politik und Zeitgeschichte, Bd. 10, 2017, 200 S., 19.80 EUR, ISBN 978-3-643-50814-0

das Regime Dollfuß/Schüssel hat, ließ sich bei dieser Veranstaltung ebenfalls gut beobachten: Er mokierte sich, dass in Gedenksendungen und -beiträgen zum Einmarsch im Jahr 1938 wiederholt von „*Österreichs dunkelster Stunde*“ die Rede gewesen sei. Dabei habe diese dunkle Stunde schon fünf Jahre vorher – eben mit dem „*Austrofaschismus*“ begonnen. Ob ihm selbst klar ist, dass er damit eine unglaubliche Verharmlosung des NS-Terrors betreibt, bleibt offen.

Zum Buch

Soweit zum Hintergrund der Autoren, kommen wir zum Buch. Tálos selbst stellt das 189-

seitige Werk als Ausfluss seiner jahrelangen Beschäftigung mit dem Thema dar und wünscht sich wie Mitautor Wenninger, damit einen breiteren Leserkreis zu erreichen als mit der von Tálos und Wolfgang Neugebauer verfassten über 600 Seiten starken Monographie „*Das austrofaschistische Herrschaftssystem*“ aus dem Jahr 2013, das die Hauptbasis für vorliegendes Werk darstellt. Tatsächlich bietet das leicht lesbare Buch einen brauchbaren Überblick über die Entwicklungen der Jahre 1933 bis 1938, wobei zunächst die Entwicklung des autoritären Regimes nachgezeichnet wird und die drei Phasen (Konstituierung März 1933 bis Mai 1934, Konsolidierung Mai 1934 bis Juli 1936, Defensive und Niedergang Juli 1936 bis März 1938) beschrieben werden. Danach widmen sich die Autoren unterschiedlichen Aspekten des Regimes, so etwa der verfas-

► sungsrechtlichen Komponente sowie den Trägern und Akteuren: Vom Bundespräsidenten über die Katholische Kirche bis hin zu den Wehrverbänden und der Christlichen Arbeiterbewegung. Danach kommen Politikbereiche wie die Medienpolitik, die Kultur- und Schulpolitik oder die Wirtschafts- und Budgetpolitik unter die Lupe, ehe sich die Autoren der außenpolitischen Komponente – also dem Verhältnis zum (tatsächlich) faschistischen Italien und zum nationalsozialistischen Deutschland widmen.

Ausblendungen und Verzerrungen

So akribisch Tálos die Entwicklungen darstellt und so interessant sich gesellschafts- politische und sozialpolitische

Hintergründe über die Vorstellungen der Machthaber lesen, so sehr beschreitet Tálos auch in diesem Buch den Weg einer Geschichtsschreibung, die nur allzu offensichtlich auf eine Unterteilung in „gut“ und „böse“ hinausläuft. So bezeichnet er die Wehrverbände auf Seiten der Bürgerlichen konsequent als paramilitärisch, währenddessen er den Schutzbund ebenso konsequent als Parteimiliz ausgibt. Die Botschaft ist klar: Hier die Aggressoren, dort die mannhaften Demokraten, die ja nichts als die Bewahrung der Demokratie und des Rechtsstaates im Sinn haben. Ein weiteres Beispiel sei herausgegriffen. Tálos beschreibt die innenpolitischen Entwicklungen als ausschließlich innenpolitisch motiviert und

stellt in Abrede, dass außenpolitische Umstände bei den Ereignissen rund um die Parlamentsauflösung 1933 eine Rolle gespielt hätten. Wörtlich schreibt er: *„Die Entscheidung, in Österreich die rechtsstaatlich parlamentarische Demokratie zu beseitigen, fiel in Wien. Sie war weder auf den Druck zurück zu führen, den Mussolini und seine ungarischen Verbündeten ausübten, noch Resultat eines Abwehrkampfes gegen den deutschen Faschismus.“* Dieses Zitat passt in die größere Erzählung des Autors, wonach die Christlich-Sozialen und ihre Regierungspartner de facto schon jahrelang auf die Beseitigung der Demokratie hingearbeitet hätten – aus seiner Sicht freilich ganz unabhängig von den Entwicklungen im benachbarten

Deutschland, wo die Nationalsozialisten ja bekanntlich 1933 an die Macht gekommen sind...

Ein letztes Beispiel sei angeführt: Vorhandene Sympathien der Sozialdemokraten für das nationalsozialistische Deutschland stellt er gar nicht in Abrede. Allerdings führt er diese einzig auf sozialpolitische Verfehlungen des autoritären Regimes zurück und begründet dies unter anderem mit der niedrigen Arbeitslosenrate in Deutschland! Dass diese primär auf eine verstärkte Rüstungspolitik zurückzuführen war und das Menschenbild des Nationalsozialismus damals schon als bekannt vorauszusetzen war, verschweigt er natürlich. Es gilt ja, die „rote Reichshälfte“ tunlichst reinzuwaschen.

PH. ■

Aufgeschnappt

Nicht nur der Freiheitskämpfer (siehe die letzte Ausgabe), auch andere Medien beschäftigen sich mit den couleurstudentischen Verbänden. So ist in der Zeitschrift „Antifa“ der bundesdeutschen „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ eine ausführliche Abhandlung betreffend schlagende Burschenschafter in Deutschland enthalten. Gerald Netzl vom Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen hat einen Beitrag über die schlagenden Verbindungen in Österreich beigezeichnet und schreibt unter anderem: *„Nicht zu verwechseln oder in einen Topf zu werfen sind die Burschenschaften mit den katholischen farbentragenden österreichischen Studentenverbindungen, die im Österreichischen Cartellverband (ÖCV bzw. CV) zusammengefasst sind. Der CV ist allerdings auch kein Hort des Fortschritts, das Weltbild vieler seiner Mitglieder ähnelt jenem der CSU.“*

Red.

Zum Nachdenken

Gerade in diesen Tagen sollte uns allen bewusst sein, welch hohes Gut die Demokratie darstellt und wie glücklich wir uns schätzen dürfen, seit Jahrzehnten in einem demokratischen Rechtsstaat zu leben.

Man sollte freilich davon ausgehen, dass die Bevölkerung, vor allem aber jene, die über demokratische Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften einziehen, zumindest über die Grundbegriffe des demokratischen Systems Bescheid wissen. Sieht man sich allerdings die Debatten an, die derzeit rund um die „Liste Pilz“ Platz greifen, kommen einem daran größte Zweifel: Da sprechen Parlamentarier von „geliehenen Mandaten“, da argumentieren Meinungsbildner, dass Peter Pilz schließlich das Hauptwahlmotiv der Wähler seiner Liste gewesen sei und folgerichtig quasi ein angestammtes Recht auf die Rückkehr in den Nationalrat habe, da entblödet sich eine Abgeordnete nicht, für ihr Ausscheiden aus dem Nationalrat von der Partei

Geld zu fordern und so weiter und so fort.

Dabei ist die Sache ziemlich einfach. Wir haben in Österreich ein Listenwahlrecht (mit Persönlichkeitselementen, etwa im Bereich der Vorzugsstimmen), auf dessen Basis die gesetzgebenden Körperschaften beschickt werden. Wenn ein Kandidat sein Mandat nicht annimmt (oder es später zurücklegt) ist es weg. Ein Rücktritt auf Zeit oder gar ein „Verborgen“ des Mandats ist nicht vorgesehen.

Die Vorkommnisse rund um die Liste Pilz sind nebenbei dazu angehtan, dass wir eine Wiederholung der Geschichte erleben. Das Team Frank Stronach, das sich bekanntlich ebenfalls selbst kannibalisierte, lässt grüßen.

Vielleicht bringt das die Menschen aber auch zum Nachdenken: Lieber eine (vielleicht auch ein wenig fade) alteingesessene Partei als eine um jeden Preis neue Bewegung?

PH

Eine vergebene Chance

Wie auf Seite 13 bemerkt, beurteilen linke Historiker Anton Pelinka kritisch – weil er in seinen Arbeiten auch Historiker wie Gottfried Karl Kindermann zitiert. Besonders skurril mutet es an, dass Lucile Dreidemy ihre Kritik auch damit begründet, dass Pelinka im Buch „Die gescheiterte Republik“ die Jahre des Ständestaates mit einbezieht. Dabei führt der Autor selbst aus, dass er die Kontinuität der Entwicklungen „über das Ende der Republik hinaus“ darstellen will. Dreidemys Kritik zielt also ins Leere.

Im Zeichen des Respekts

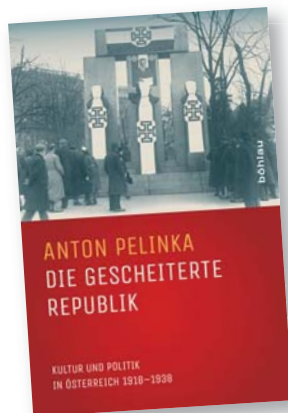
Der Autor beginnt das Buch mit zwei Zueignungen:

„Zur Erinnerung an Irene Harand. Sie sah, was auch andere hätten sehen können – wenn sie nur gewollt hätten.“ und „Im Zeichen des Respekts vor Karl Renner und Leopold Figl, Julius Raab und Adolf Schörf: Sie lernten aus den Feh-

lern – die immer auch ihre eigenen waren.“ Woran scheiterte also dieser neue Staat? Ihm wurde von den Siegermächten der Name und eine Staatlichkeit verpasst, aber es gab keine große Erzählung, keinen allgemeinen Österreich-Konsens, keinen Verfassungspatriotismus, kein einigendes Österreich-Gefühl. Dieser fehlende Grundkonsens trug das seine dazu bei, dass die 1. Republik von Gegensätzen geprägt war und schließlich scheiterte.

Der Rest ist Österreich

Österreich als Rest des großen Reiches, eine ungeliebte Notlösung, der die gemeinsame politische Kultur ebenso fehlt wie das gemeinsame Bewusstsein über das Wesen des neuen Staates, der vielen doch nur Überbleibsel der alten Donaumonarchie ist oder aber Zwischenstation auf dem Weg in eine „größere“ Zukunft. Pelinka stellt der 1. Republik, die durch Gegnerschaft, ja Feindschaft der politischen Lager ge-



kennzeichnet war, das Modell der 2. Republik gegenüber, die sich durch Konsensbereitschaft und Zusammenarbeit auszeichnet – was der Autor als Erfolgsrezept definiert, das auch für die 1. Republik funktionieren hätte können. Wenn die Gegnerschaft der Lager nicht so ausgeprägt und wesensimmanent gewesen wäre. Besonders spannend ist das Kapitel „ungenutzte Potentiale“, wo Pelinka gesellschaftliche Bereiche bzw. Gruppen beschreibt, die zu den innenpolitischen Frontstellungen quer lagen und die aus seiner Sicht zumindest das Potential hatten, die Reste

Anton Pelinka,
Die gescheiterte Republik, Kultur und Politik in Österreich 1918–1938,
Böhlau Verlag Wien Köln Weimar
2017, 29,99 EUR
ISBN 978-3-205-20236-3,
e-Book ISBN 978-3-205-20550-0

des noch vorhandenen Gemeinsamen zu stärken. Er nennt als eine dieser Gruppierungen die „Linkskatholiken“ rund um Ernst Karl Winter, Vizebürgermeister von Wien, wie Dollfuß CVer, der das Motto „rechts stehen und links denken“ geprägt hat. Damit war gemeint, dass man aus dem katholisch-konservativen Lager kommt und sich diesem auch zugehörig fühlt, aber bestimmte Positionen des sozialistischen Lagers übernimmt. Also einen Brückenschlag der beiden Lager gegen die nationalsozialistische Gefahr versucht. Dem Autor ist ein lesenswertes Buch gelungen, eine Zusammenschau der Jahre 1918 bis 1938, die viele Aspekte berücksichtigt und durchaus als Standardwerk gewertet werden kann. PH. ■

Ludwig Steiner Medaille

Der Bundesobmann, KomR. Dr. Gerhard Kastelic trat an unsere Familie mit der Frage heran ob wir einverstanden wären, wenn die ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich eine „Ludwig Steiner Medaille“ schafft, um jene, die sich in den verschiedenen Organisationen besonders für die Gedenkarbeit an die Opfer und politisch Verfolgten durch den Nationalsozialismus ausgezeichnet haben zu würdigen.

Unsere Vater und Großvater war immer bestrebt, das Gedenken an die Opfer politischer Verfolgung, sei es aktiv im Widerstand oder in Form einer klaren Haltung gegen den Nationalsozialismus, aufrecht zu halten, ohne

Unterschied der politischen und religiösen Herkunft der Opfer. Allerdings war ihm das Gedenken an die vielen christlich-sozialen Opfer ein besonderes Anliegen. So selbstverständlich es für ihn war, seiner politischen Überzeugung in einer für Ös-

terreich sehr schwierigen Zeit treu zu bleiben, so wichtig war es für ihn auch, sich in weiterer Folge der politisch Verfolgten und deren Angehörigen anzunehmen, wie während seiner Tätigkeit als Botschafter unter der Militärjunta in Griechenland.

Darüber hinaus war unser Vater und Großvater ein überzeugter österreichischer Patriot.

Er hat nicht nur Wert gelegt auf den Blick nach vorne, sondern es war ihm stets wichtig,



ohne Pathos das Gedenken an die vielen Opfer der politischen Verfolgung aufrecht zu halten, aus Respekt für die Überzeugung, für die sie eingestanden sind und gekämpft haben, sowie dem ihnen

► und ihren Familien zugefügten Leid.

Aus diesen Gründen haben wir uns sehr gefreut, dass die ÖVP Kameradschaft eine „Ludwig Steiner Medaille“ verleihen will.

Auf die Frage, ob wir jemanden kennen würden, der diese Medaille entwerfen könnte, kam der Vorschlag seitens meines Bruders, seine Tochter zu fragen. Mag. Marie-Christine Pachler, Restauratorin und Künstlerin, letzteres immer besonders von ihrem Großvater hervorgehoben, hat sich bereit erklärt, diese Medaille zu entwerfen. Es kam zu einer Besprechung mit KomR. Dr. Kastelic, in der man festlegte, wie die Medaille gestaltet werden sollte. Die Suche nach einem Foto, das als Vorbild für die Abbildung Ludwig Steiners dienen sollte, erwies sich langwieriger als erwartet. Es gab mehrere Entwürfe für die Gesamtgestaltung, Emblem-, Schrift- und Textgröße von Marie-Christine Pachler im Kreise der Familie, danach wurden in der Familie drei Vorschläge zur Vorlage an KomR. Dr. Kastelic ausgesucht. Jedoch war es mit der Wahl eines Vorschlages nicht getan. Viele Fragen die

Umsetzung betreffend mussten mit der produzierenden Firma besprochen werden. Mehrere materialbedingte Änderungen, Korrekturen, und nochmalige Besprechungen wurden notwendig.

Mag. Marie-Christine Pachler zu ihren Überlegungen bei dem Entwurf der Medaille:

„Mein Großvater, uns allen in der Familie sehr nahe stehend, war stets Vorbild und Inspirationsquelle für mich gewesen. Daher habe ich mich aufrichtig gefreut als ich gefragt wurde, ob ich die Gestaltung der ‚Ludwig Steiner Medaille‘ übernehmen könnte.“

Die Suche nach einem geeigneten Porträt für die Vorderseite der Medaille war nicht sehr einfach, da es ein aktuelleres Bild sein sollte und zumal mein Großvater in den letzten Monaten vor seinem Tod schon sehr gezeichnet war. Zudem sollte es ein halb-frontales Bild sein, eine Portraitaufnahme, in der seine Persönlichkeit zum Ausdruck kommt. Bei der Umsetzung der Photographie zur Grafik und der Umwandlung zum dreidimensionalen Bild war es wichtig ein möglichst authentisches Porträt zu erhalten. Zusätzlich befindet sich auf der Vorderseite der Name der ÖVP

Kameradschaft. Der Tenor der Auszeichnung sollte im Mittelpunkt der Rückseite stehen, umrahmt vom Logo der ÖVP Kameradschaft (Ö), symbolisch für die vielen politischen Opfer und Verfolgten, deren die Kameradschaft gedenkt.

Die Medaille besteht aus einer mattgebürsteten Chromlegierung und weist einen Durchmesser von 60mm auf. Die Schrift ist erhaben und das Porträt wird als Relief dargestellt.

Ich freue mich schon sehr darauf, das Endprodukt „Ludwig Steiner Medaille“ in den Händen halten zu dürfen, und bedanke mich für die Möglichkeit, diese zu gestalten. Dank auch an alle Mitwirkenden für die Zusammenarbeit und Unterstützung!“

Wir als Familie danken Herrn KomR. Dr. Gerhard Kastelic für die Initiative, die „Ludwig Steiner Medaille“ jenen zu überreichen, die sich der Gedenkarbeit an die politischen Opfer und Verfolgten seit vielen Jahren annehmen, ganz im Sinne von Dr. Ludwig Steiner. ■

Gabriele Wagner
Mag. Marie-Christine Pachler



Die ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich

erlaubt sich zur
Präsentation der Broschüre

Für Österreichs Freiheit
70 Jahre Geschichte unserer Organisation

sowie zur Vorstellung der

Ludwig Steiner Medaille

herzlich einzuladen.

Mittwoch, 20. Juni 2018, um 17:00 Uhr,

im Johann Gassner Haus
(Lois Weinberger-Saal)
1080 Wien, Laudongasse 16.

Im Anschluss wird zu einem Imbiss gebeten.

Um Anmeldung wird gebeten: schriftlich,
per Mail: office@oevp-kameradschaft.at
oder telefonisch 01/4061144

www.oevp-kameradschaft.at • office@oevp-kameradschaft.at

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber:

Kuratorium der
ÖVP Kameradschaft der
politisch Verfolgten und
Bekenner für Österreich,
1080 Wien, Laudongasse 16
Tel: 01/406 11 44
Fax: 01/401 43-350
Schriftleitung: Mag. Paul Hefelle

Fotos: Archiv K.Ö.H.V. Franco-Bavaria, Gerhard Kastelic, Gerhard Tschugguel, Andy Wenzel / BKA, Thomas Eisner / MKV, Sozialdemokratische Freiheitskämpfer, fotolia.com, Aduca-tion Verlag, LIT Verlag, Böhlau-Verlag, Paul Hefelle

Satz/Umbruch: Tanja Pichler,
1070 Wien, Kaiserstraße 94

Druck: druck.at

